

Kein Lob der Kleinheit

Autor(en): **Frei, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **88 (2008)**

Heft 961

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-168026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir Schweizer neigen dazu, die Kleinheit durch die rosarote Brille zu sehen. Das helvetische Geheimnis liegt freilich woanders – nämlich in Gestaltungsprinzipien wie Föderalismus und Subsidiarität.

Kein Lob der Kleinheit

Christoph Frei

Kleinheit als natürliches Attribut wird man Menschen nicht unbedingt wünschen. Wäre sie dem Staat zu wünschen, der politischen Struktur? Ja doch, will der Schweizer in mir sagen – und so versuche ich ein Nein.

Die Geschichte steht auf meiner Seite. Nicht die jüngste europäische vielleicht, aber doch die längere und allgemeine. Kleine Staaten leben gefährlich. Ihrer relativen Kleinheit wegen laufen sie Gefahr, angegriffen, erobert, gekauft oder sonstwie in grössere Strukturen einverleibt zu werden. Auf den Gang des Weltgeschehens vermögen sie kaum je in autonomer Weise einzuwirken. Zaungäste sind sie, die von der Seite mitverfolgen, was sich auf der grossen Bühne tut; die das Geschehen aus Distanz kommentieren; die sich schlecht und recht durchschlagen; die sich Nischen suchen; die gelegentlich als unverdächtige Vermittler schlichten; die letztlich aber froh sein müssen, wenn sie nicht in den Strudel grosser Politik geraten.

Die stete Bedrohung der äusseren Freiheit ist den Apologeten der Kleinheit natürlich nicht entgangen – weder den Griechen noch Jean-Jacques Rousseau, weder Jacob Burckhardt noch Leopold Kohr. Um so nachdrücklicher beteuern sie die zahl- und segensreichen Implikationen von Kleinheit nach innen. Aus kleinen Strukturen werden dann gerne Inseln des Friedens, Horte der Freiheit, Schulen der Demokratie.

Auch wiederholte und wortgewaltig formulierte Beteuerungen ändern aber nichts daran, dass andere, weniger erhabene Erscheinungen mit Kleinheit als bedingendem Faktor direkter verknüpft sind als Friede, Freiheit und Demokratie. Manchmal mehr, manchmal weniger, aber grundsätzlich immer geht Kleinheit mit einer Reihe problematischer Folgen einher: nicht nur mit Verletzlichkeit nach aussen, sondern auch mit kärglicher Ausstattung; mit Knappheit, mit Mangel und Armut; mit Abhängigkeit; mit Enge; mit Banalität, mit Mittelmass und auch mit Minderwertigkeit. Das tönt nicht berauschend, ist aber stets Realität gewesen, auch schweizerische Realität. Jedes der genannten Stichworte hat hierzulande seine Geschichte.

Das andere, attraktivere Bild, wonach kleine Bevölkerungszahlen oder überschaubare Räume aus sich heraus Güter wie Frieden oder Freiheit hervorbringen müssten, hält empirischer Prüfung nicht stand. Auch die oft bemühte topographische Zergliederung ist kein unbedingter Segen. Nicht nur Graubünden zählt hundert Täler, nicht jedes Bergvolk ist glücklich und frei. Politisch betrachtet, ist Kleinheit schlicht ergebnisoffen. Die Tyrannis ist kein Privileg der Grossen; auch der kleinste aller Staaten kann ein Gefängnis sein.

Nicht die gegebene Kleinheit macht das Glück eines Landes; vielmehr sind es Institutionen, die Räume und politische Prozesse auf jenes Mass herunterbrechen, das mündigen Menschen zuträglich ist. Der Kleinstaat Schweiz setzt sich aus 26 Kleinstaaten zusammen, die in Teilen autonom geblieben sind; dazu kommen fast 3'000 teilautonome Gemeinden; dazu vier Sprachregionen; dazu ein hohes Mass an konfessioneller Durchmischung. Diese komplexe Struktur hat von unten nach oben wachsen können. Städte und Talgenossenschaften gab es lange vor dem Bundesstaat; ein starkes Zentrum gab es nie.

So darf die Schweiz als gelungene, ja glückliche Umsetzung jenes sozialen und politischen Sparsamkeitsprinzips bezeichnet werden, demzufolge keine Einrichtung zu schaffen ist, die man nicht wirklich braucht. Und falls man sie denn braucht, soll sie nicht mehr Mittel und Kompetenzen erhalten als unbedingt notwendig. Wer jemals einer Landsgemeinde in Appenzell hat beiwohnen dürfen, weiss um die tiefe Verankerung dieses Prinzips. Es vermutet die primäre Kompetenz – im Sinne von Zuständigkeit wie auch von Fähigkeit – beim kleineren Verband; es bedingt und unterstützt die föderale Struktur.

Subsidiarität und Föderalismus sind nicht an Grösse gebunden; Montana lässt Appenzell recht freundlich grüssen. Hüben wie drüben werden Räume institutionell pluralisiert und verkleinert, wird Macht im Mehrebenensystem diffundiert und gebrochen. Das beharrliche Festhalten an solchen Institutionen hat den Vereinigten Staaten wie der Schweiz eine politische Fragmentierung bewahrt, die bei exklusiv ökonomischer Betrachtung als verschwenderischer Luxus erscheinen muss. Denn ja doch – der föderale Verband ist schwerfällig, er verweigert sich einheitlichen Lösungen, er behindert oft die Effizienz. Solche Kosten aber werden in Kauf genommen, wenn Symmetrie und Systematik, wenn Einheitlichkeit und verwaltungstechnische Effizienz für die zahlende Bürgerschaft weniger ins Gewicht fällt als die Möglichkeit autonomer Problemlösung und demokratischer Mitbestimmung.

CHRISTOPH FREI, geboren 1960, ist Titularprofessor für Internationale Beziehungen und politische Ideengeschichte an der Universität St. Gallen.